



Editorial

Der schottische Ökonom Adam Smith (1723–90) legt in seinem Werk «Der Wohlstand der Nationen» dar, dass die Förderung der Eigenverantwortung die beste Voraussetzung für die allgemeine Wohlfahrt ist. Er zeigt auf, wie persönliche Freiheit und wirtschaftliche Leistung mit sozialer Koexistenz in Einklang gebracht werden können.

Auf heuchlerische Weise huldigen wir heute dem «Solidarismus», welcher sich von steigenden Steuereinnahmen ernährt und persönliche Freiheit sowie wirtschaftliche Leistung zu Feindbildern erklärt. Im Gegensatz zu Smith beweisen wir am Ende des 20. Jahrhunderts, dass staatlicher Dirigismus die beste Voraussetzung für den Egoismus einer möglichst minimalistischen Eigenverantwortung ist.

W. Gartenmann

Gedanken zum 1. August

Der Versuch, zur Bundesfeier eine patriotisch geprägte, salbungsvolle Epistel niederzuschreiben, ist mir misslungen.

Der Tag der Besinnung ist jetzt Feiertag. Gefeiert wird der freie Tag, der diesmal auf den Sonntag fällt. Da werden schon am Vorabend Raketen made in China steigen, es wird knallen, dass die Schwarten krachen, und brennen vielleicht auch. Höhenfeuer – sie lodern nicht mehr so zahlreich wie ehemals – erinnern da und dort an die Zeit, als die Eidgenossenschaft noch in der Verfassung Erwähnung fand. Die Blasmusik spielt den Schweizerpsalm; wie lautet eigentlich der Text, die zweite und dritte Strophe? Die Melodie liegt uns auch nicht mehr rein im Ohr, seit «Schweizer» Radio DRS sie während Jahren jeden Mittwoch um Mitternacht verhunzt in den Äther posaunte. Es wird uns wohl auch wiederum mit Kommentaren bedienen, die kulturelles Mischgut aufbereiten.

Bald müssen wir mit einer neuen Verfassung leben, durch deren Paragraphen der Zeitgeist bläst, und von der vier Fünftel der Stimmberechtigten nichts wissen wollten. Die einen, weil sie ihr nicht trauten, die ändern, indem sie der Abstimmung fernblieben. Aus ganz unterschiedlichen Gründen: Staatsverdrossenheit, Interesselosigkeit oder – Gruss an die Schulreformer – Problemen mit dem Verständnis des Abstimmungstextes. Dabei verspricht uns die Verfassung das Schlaraffenland:

**Wer wird auf Rechte
denn verzichten,
die nicht verbunden sind
mit Pflichten?**

Mehr als vierzigmal steht zu lesen «Recht auf», «Anspruch auf». Selbst bei steigender Lebenserwartung sind diese Rechte gar nicht auszuschöpfen,



Was ist eigentlich ein Eid resp. Gelübde auf unsere Verfassung wert?

die vielen Ansprüche müssen wir fahren lassen.

Ganz anders sieht es bei der «Verantwortung» aus. Die Vokabel findet sich nur dreimal. Das Damoklesschwert der Pflichten hingegen hängt immerhin viermal über des Schweizers Haupt. Er ist verpflichtet, Militärdienst zu leisten, Auslandschweizer inbegriffen, und wer

Sie lesen heute

Moskau: Geheimdienst-Bosse kommen und gehen...	2
Manifestation für die bewaffnete Neutralität	3
Gespenster	3
Polizeistrukturen des Bundes im Umbruch	4
Die Spalte des Präsidenten	5
Innerhalb von 10 Jahren Verdoppelung!	5
Ordnung schaffen!	5
Bundesrat will den Strategiewechsel!	6
Rückblick: Abstimmung über die Einführung einer Mutterschaftsversicherung	7
Arbeitnehmer beim Bund	7
Der PL-Politikaleiter	8
Rütlifeuer 99	8
In Kürze	8

staatliche Aufgaben wahrnimmt, ist verpflichtet, «zur Verwirklichung der Grundrechte beizutragen.» Als «Steuerpflichtiger» ist man Gegenstand von Übergangsbestimmungen. Was uns alle trifft, ist die «Wahrnehmungspflicht»: «Jede Person nimmt Verantwortung für sich selber wahr und trägt nach ihren Kräften zur Bewältigung (sic!) der Aufgaben in Staat und Gesellschaft bei.» Gar vielen, allzuvielen, scheint es freilich an diesen Kräften zu gebrechen. Als Kollegialbehörde kennt der Bundesrat solche Verpflichtungen nicht. Er «trifft Massnahmen», heisst es hier lediglich, «zur Wahrung der äusseren Sicherheit, der Unabhängigkeit und der

Neutralität der Schweiz.» Und wenn er danebentriefft, wie die gegenwärtige Bundespräsidentin?

Für sie ist es «eigentlich unwichtig zu wissen, ob es die Schweiz noch geben wird oder nicht.» Und «ob die Schweiz innerhalb einer grösseren Einheit überlebt oder nicht», das ist ihr «persönlich nicht so wichtig.»

Was ist eigentlich ein Eid resp. Gelübde auf unsere Verfassung wert?

Von den Alles-im-Griff-Leuten im Bundeshaus hätten wir erwartet, dass sie jene Voraussetzungen schaffen, die die Sicherheit im Land gewährleisten. Was täglich an Gewalttaten aus den Städten, namentlich aus Zürich, berichtet wird,

gibt bestensfalls «Anlass zu Besorgnis». Von Durchgreifen keine Rede. Die Kriminalität nimmt zu, die Aufklärungsquote sinkt. Wie sollen denn verletzte Opfer hoffen, je wieder zu ihrem Geld, zu Schlüsseln und Ausweisen zu kommen, wo doch so viele herumlaufen mit schwarzer Hose und dito Jacke und «gebrochen Deutsch» sprechen?

Wie gesagt, Stolz und Freude sind gewichen. Und die mir zugestandene Zeilenzahl ist auch schon erschöpft. Ich wünsche Ihnen eine angenehme Feier.

Max Schio

Moskau: Geheimdienst-Bosse kommen und gehen...

Der Kreml ist weiterhin für jede Überraschung gut. Glaubten alle Russland-Experten (wir in unserer letzten PRO-LIBERTATE-Mitteilungen ebenfalls), Jewgenij Primakow würde einmal die Nachfolge von Boris Jelzin antreten, so versties dieser ihn unverhofft; zugleich entfernte er ihn aus dem mächtigen Nationalen Sicherheitsrat, der für die verschiedenen Spionagedienste Russlands zuständig ist.

Geheimdienste bedürfen, um ruhig und erfolgreich arbeiten zu können, eigentlich einer kontinuierlichen Führung, doch gerade auf diesem Sektor gab es während der letzten Zeit etliche personelle Wechsel.

Leiter des Fernmelde- und elektronischen Aufklärungsdienstes (FAPSI) mit seinen rund 80 000 hauptamtlichen Mitarbeitern war seit seiner Gründung vor acht Jahren General Alexandr Starowoitow, ein alter KGB-Spezialist dieses Gebietes. Ende letzten Jahres entliess ihn Jelzin ohne Angabe von Gründen – angeblich handelte es sich um Veruntreuungen von Staatseigentum, doch wurde niemals Konkretes bekannt. Die Nachfolge seines Amtes trat sein bisheriger Stellvertreter, Generaloberst Wladislaw Petrowitsch Scherstjuk an; Ende Mai dieses Jahres wurde er entlassen, um zum stellvertretenden Sekretär jenes Sicherheitsrates aufzusteigen. Bereits am 14. Juni aber stürzte ihn Jelzin aus unbekanntem Motiven. Inzwischen obliegt die FAPSI-Leitung einem Wladimir Matjukin, ein im Westen allgemein unbe-

kannter, offensichtlicher Emporkömmling...

Die Gegenspionage (FSB) umfasst angeblich 77 640 Militärangehörige und ziviles Personal, der Westen glaubt allerdings an 80 000 bis 100 000 Hauptamtliche. Sie lag anfangs in Händen von Serjeg Stepachin, dem heutigen Premier Russlands, der nach einer misslungenen Geiselnbefreiung Juni 1995 auf Drängen der Duma seines Amtes enthoben wurde. An seine Stelle trat Generaloberst Michail Barsukow, der seine Tätigkeit im Zusammenhang mit den Wahlen 1996 zu beenden hatte. Dann kam der einstige Afghanistan-Haudegen und spätere stellvertretende Leiter des KGB in Moskau, Nikolai Kowaljew, der allerdings nach zwei Jahren und zwei Wochen die Gunst des Präsidenten verspielt hatte. Jetziger Direktor des FSB ist der am 7. 10. 1952 geborene, heutige Generaloberst Wladimir Wladimirowitsch Putin, der bereits mit 23 Jahren der KGB-Spionage angehörte und von 1984 bis 1990 in führender Position in dessen Zentrale in Dresden arbeitete. Er gehörte später lange zur Präsidialverwaltung des Kremls, wo er bis zum stellvertretenden Leiter aufrückte und dabei gewiss das Wohlwollen Jelzins gewinnen konnte. Seit Ende März dieses Jahres ist er ebenfalls Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates und damit einer der wichtigsten Männer des Riesenlandes; sein Vorgänger, Generaloberst Nikolai Bordjuscha, musste damals seinen Abschied nehmen – offiziell wurde dies mit der Übernahme einer anderen Funktion begründet, tatsächlich hatte er wohl

die Anforderungen Jelzins nicht erfüllen können. Auch bei der Führung der russischen Grenztruppen mit ihrer wohl 4000 Mann starken Spionage-Abteilung «Verwaltung Aufklärung» trat vor einigen Monaten ein Wechsel ein: Generaloberst Alexandr Bepalow wurde plötzlich von General Roschkow ersetzt.

Einen recht sicheren Amtssessel – sofern man das überhaupt sagen kann – scheint hingegen Generaloberst Wjatscheslaw Iwanowitsch Trubnikow zu besitzen, der seit 1967 für das KGB in Vorderasien tätig war und heute der erste Mann des zivilen Spionagedienstes (SWR) mit seinen knapp 13 000 Angehörigen ist: Er dürfte in der russischen Staatsführung besonderen Rückhalt haben und nimmt oft an aussenpolitischen Verhandlungen teil. Auch dem Leiter der Militär-Spionage (GRU), Generaloberst Walentin Korabelnikow, mit seinen 12 000 Offizieren und Soldaten erfreut sich bisher der Gunst des Kremls – doch wie lange?

Bei all dem sollte der Westen nicht übersehen, dass Moskau trotz all seiner riesengrossen Schwierigkeiten in seinem Reich sechs Spionagedienste mit insgesamt 200 000 bis 250 000 Männer und Frauen unterhält! Der unlängst veröffentlichte «Staatschutzbericht 1998» des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes stellt im Hinblick auf unser Land dann auch nicht zu Unrecht mahnd fest: «Die russischen Nachrichtendienste SWR und GRU verstärkten ihre operativen Aktivitäten weiter...»

Dr. Friedrich-Wilhelm Schlomann

Manifestation für die bewaffnete Neutralität

Buchvernissage: «Die Schweiz im Visier – Die bewaffnete Neutralität der Schweiz im Zweiten Weltkrieg»



Stephen P. Halbrook, der Autor dieses aktuellen und interessanten Buches war anfang Juni einige Tage in der Schweiz, um die neu erschienene deutsche Fassung seines englisch-sprachigen Buches «Target Switzerland» vorzustellen. Auf dieser Reise hat ihn unser Mitglied Peter Baumgartner aus Langenthal begleitet.

Zur Vernissage in Bern lud die Vereinigung PRO LIBERTATE ein. Die Veranstaltung war gut besucht und erlaubte den Anwesenden mit dem Autor persönlich ins Gespräch zu kommen. Bei einem Abendessen im kleinen Kreis konnten wir Herrn Halbrook besser kennen lernen. Er weiss als Jurist im Hauptamt und Historiker im Nebenamt um unsere Lage und unsere Geschichte im Zweiten Weltkrieg. Wir wünschten uns, die Historiker in der Bergier-Kommission

möchten Halbrooks Buch genau studieren.

Wir können dieses Buch allen unseren Mitgliedern bestens empfehlen. In unserem Sekretariat können Sie noch einige von Herrn Halbrook signierte Exemplare zum Preis von CHF 29.– (exkl. Versandkosten) beziehen. Das Buch eignet sich ausgezeichnet als Geschenk für die jüngere Generation, die den Zweiten Weltkrieg nicht mehr selbst erlebt hat!

Stephen P. Halbrook
«Die Schweiz im Visier – Die bewaffnete Neutralität der Schweiz im Zweiten Weltkrieg»
Novalis/Rothenhäusler
ISBN 3-907817-08-7
CHF 29.–

Gespenster

Mit dem Kommunistischen Manifest hat Karl Marx 1848 verkündet, dass in Europa ein Gespenst umgehe, das Gespenst des Kommunismus. Dieses ist 1989 wegen innerer Schwäche eingegangen. Rechtzeitig jedoch ist 1954 vom «Beobachter» ein neues Gespenst in Umlauf gesetzt worden mit der Behauptung, die Schweiz habe 1938 die Nationalsozialisten veranlasst, die deutschen Juden mit einem «J» im Pass zu kennzeichnen. Diese Behauptung ist weltweit so eifrig kolportiert worden, dass schliesslich sogar der Bundesrat – der sie anfänglich noch als unzutreffend zurückgewiesen hatte – daran glaubte. Sie blieb virulent, selbst nachdem sie der «Beobachter» am 4. September 1998 widerrufen hatte: «Es war nicht Heinrich Rothmund, der die Idee zum Judenstempel hatte, und die schreckliche Massnahme war keine schweizerische, sondern eine deutsche Idee.» Ungeachtet dieses gewissermassen authentischen Widerrufs ging die gespenstische Behauptung weiter um und erhielt sogar noch von höchster Stelle erneuten Auftrieb mit der weiteren Behauptung, «dass die Pässe der Juden von den Schweizer Behörden mit einem «J» gekennzeichnet wurden». Die «schreckliche Massnahme» der Kennzeichnung von Judenpässen soll also von der Schweiz nicht nur ange-

regt, sondern aktiv durchgeführt worden sein. Das behauptet das «Genfer Komitee für das 150jährige Jubiläum des Bundesstaates» in einem im November 1998 herausgebrachten Comicbuch «Die Erben der Schlange». Das sind sieben Eingeweihte, die sich als Nachfolger der Sonderbundskantone verstehen und die mit ganzer Kraft gegen den Bundesstaat kämpfen und die liberalen und radikalen Kräfte daran hindern wollen, die Gesellschaft dem «Geist» zu entfremden und der Vernunft zu unterwerfen. «Der Geist, das war Rom, und der Papst, das war der Katholizismus, die letzte Bastion gegen die demokratischen Ideen.» Im Comicbuch werden nun diese Erben der sonderbündischen Schlange fantasievoll mit politischen Ereignissen der letzten 150 Jahre, nicht zuletzt mit merkwürdigen Todesfällen politischer Persönlichkeiten in der Schweiz in Verbindung gebracht, wobei die Grenzen zwischen Realität und Fiktion völlig verwischt werden, eine höchst dubiose Geschichtsklitterung.

Das erwähnte Genfer Komitee dankt der Eidgenössischen Kommission für angewandte Kunst für ihr Engagement, das zur Entstehung des Comicbuches beigetragen hat, dessen Herausgabe durch die Schweizerische Eidgenossenschaft unterstützt und aus den für das

Voranzeige



Am Samstag, 9. Oktober 1999, werden wir das Festungsmuseum Reuenthal im Kanton Aargau (an der Grenze zu Deutschland) besuchen. Die Anlage vermittelt eindrücklich, welche Anstrengungen die Aktivdienstgeneration unternahm, um die Freiheit gegen den Nazi-Totalitarismus zu verteidigen. Die Anmelde-Unterlagen werden Sie rechtzeitig erhalten. NB: Jugendliche unter 16 Jahren laden wir ein, kostenlos an unserer Exkursion teilzunehmen.

Ihre Militärkommission

Jubiläum «150 Jahre Bundesstaat» bereitgestellten Mitteln mitfinanziert worden ist. «Die Erben der Schlange» sind den kantonalen Erziehungsdirektoren angeboten worden als Hilfsmittel für den Geschichtsunterricht in den oberen Klassen. Mit diesem aus Realität und Fiktion gemischten Unterrichtsmittel dürften die Lehrer der 68er Generation bei unseren Kindern und jungen Menschen ein Geschichtsbild schaffen, das als neues Gespenst durch die Schweiz des 21. Jahrhunderts ziehen wird. Dass «Die Erben der Schlange» mit eidgenössischer Zustimmung und Finan-

zierung haben entstehen können, ist ein erneuter Beweis politischen Versagens auf höchster Ebene. Im Nationalrat ist deswegen am 17. 6. 99 eine Interpellation eingereicht worden; auf deren Beantwortung darf man gespannt sein.

Dr. Max Keller

Wir benötigen weder die Millionen des Bundesamtes für Kultur noch den Segen von Frau Bundesrätin Dreifuss! Wir sind nur den Tat-

sachen verpflichtet. Mit der Broschüre «Das Ende der J-Stempel-Saga» von Dr. Max Keller treten wir der obrigkeitlichen Geschichtsklitterung entgegen. Mit dem Kauf und der Weiterverbreitung dieser erfolgreichen Schrift helfen Sie, diesem Skandal ein Ende zu bereiten.



Polizeistrukturen des Bundes im Umbruch

Der Bundesrat hat im Juni dem Entscheid des Eidg. Justiz- und Polizeidepartementes zugestimmt, die Polizeikräfte des Bundes in einem Bundesamt zusammenzuführen. Damit ist ein weiterer Schritt in Richtung einer Verstärkung des Engagements des Bundes bei der Wahrung der inneren Sicherheit getan. Der Ausbau der Polizei des Bundes erfolgt im Einklang mit der in parlamentarischer Beratung stehenden

Politische Entscheidungsträger waren anlässlich der gewaltsamen Kurden-Demonstrationen im Frühjahr 1999 in Bern schnell einmal überfordert...

Erweiterung der Zuständigkeit des Bundes namentlich zur Bekämpfung der Organisierten und der Wirtschaftskriminalität. Damit wird der Bund in wichtigen Fällen die Ermittlungen selbst durchführen können und die Kantone noch wirksamer unterstützen.

Nach der überaus deutlichen Ablehnung der «Initiative SOS-Schweiz ohne Schnüffelpolizei», trat am 1. Juli 1998 das neue Bundesgesetz über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit (BWIS) in Kraft. Damit wurde der Weg frei für die Abtrennung der Bun-

desanwaltschaft von der Polizei und ein verstärktes Engagement des Bundes im Bereich der inneren Sicherheit. Die Wahrung der inneren Sicherheit bleibt als vorrangige Staatsaufgabe eine unverzichtbare Voraussetzung für Freiheit und Demokratie. Mannigfache Sicherheitsgefährdungen bleiben Realität. Innerstaatliche Konflikte im Ausland wirken sich zunehmend auch bei uns gewaltsam aus.

Die Schweiz sieht sich zudem seit einiger Zeit zunehmend von neuen Formen des Verbrechens betroffen. Die Globalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft ermöglichen international handelnden Gruppen kriminelle Aktivitäten, die in ihrem Schadenspotential und ihrer Wirkung bekannte Formen weit übertreffen. Die föderalistische Strafjustiz und föderalistische Polizeistrukturen sind durch diese Entwicklung zunehmend überfordert.

Neue Bedrohungen verlangen neue Mittel

Der Bund und namentlich das EJPD sind durch diese Entwicklung und Begehren der Kantone stark gefordert. Im Rahmen des gesamten Reformpaketes erfolgt deshalb eine Überprüfung des Systems innere Sicherheit Schweiz (abgekürzt USIS). Dabei geht es um ein sinnvolles und effektives Zusammenwirken aller Komponenten durch

- Verstärkung der Prävention zur Deliktsverhinderung und im Bereich des Staatsschutzes (Bekämpfung des Terrors, des Extremismus, der Spionage und des illegalen Waffenhandels),
- Erweiterung der Zuständigkeit des Bundes und personelle Verstärkung der Polizei des Bundes sowie eine



Die Spalte des Präsidenten

Die Abstimmung über die neue Bundesverfassung hat uns gelehrt, wie in kurzer Zeit eine Bewegung aufbrechen kann. Aus dem Stand heraus konnten in praktisch nur vier Wochen die Stimmbürger aus ihrer Lethargie aufgerüttelt werden. In dieser kurzen Zeit konnten schlummernde Kräfte mobilisiert werden. Wir spürten den Aufbruch der Volksseele zu Gunsten unserer Eidgenossenschaft. Unzählige Mitarbeiter haben sich für die Abstimmung persönlich eingesetzt. Mit drei Wochen mehr Zeit hätten wir den Kampf gewonnen.

Diese Erfahrung soll uns anleiten im Wahlkampf für den Nationalrat und Ständerat. Wir haben jetzt noch Zeit, die gleichen Kräfte zu mobilisieren!

Wir brauchen für die Schweiz eine grundsätzliche Weichenstellung. In den letzten Legislaturperioden wurde die Schweiz immer tiefer in eine Sackgasse gefahren. Der Staatshaushalt ist überschuldet, die sozialen Netze sind überbeansprucht und unbezahlbar geworden. Eine klare Ordnungspolitik wurde aufgegeben. Disziplinlos wollten es viele Parlamentarier allen Recht machen. Das Bestürzendste aber ist, dass wir erkennen mussten, dass die meisten, auch viele bürgerliche Politiker, keine ordnungspolitischen Grundsätze mehr kennen, sondern sich durch den Zeitgeist mittreiben lassen.

Wir brauchen Parlamentarier mit klaren Grundsätzen,

- die bereit sind auf den Leistungen unseres Landes aufzubauen,
- die diese Leistungen gegenüber der EU und anderen Organisationen im Ausland darstellen,
- die Vertrauen in unsere Stärken schaffen
- und die Eigenverantwortung jedes Einzelnen mobilisieren.

Deshalb sind die kommenden Wahlen entscheidend zur Korrektur der Fehlentwicklung. Wir unterstützen nur solche Kandidaten, Bisherige und Neue, die unseren «Härtetest» bestehen.

Rechtzeitig vor den Wahlen werden wir eine Sonderausgabe unserer Mitteilungen herausgeben mit konkreten Hinweisen.

Wir bitten alle Kandidaten, unserem Aufruf in den Mitteilungen 2/99 Folge zu leisten und sich bei uns zu melden.

Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit,

- verbesserte Gewährleistung der physischen Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger und der gefährdeten Einrichtungen vor gewaltsamen Übergriffen. Dabei sollen verschiedene Modelle im Sinne einer «Sicherheitspolizei» in Bundesverantwortung geprüft werden.

Der Ausbau der Sicherheitszuständigkeit und -tätigkeit des Bundes kann nicht zum Nulltarif erfolgen. Nur bei Bereitstellung der notwendigen Mittel können Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfung in der Schweiz nachhaltig verbessert werden. Umfragen belegen, dass die Bewohner der Schweiz dies auch wollen.

Internationale Zusammenarbeit entscheidend

Es kann nicht akzeptiert werden, dass unter dem Schutz ausländischer Gesetzgebungen die Sicherheit der

Schweiz, ihre Bewohner und ihre Wirtschaft gefährdet werden können. Die kriminellen Einwirkungen auf die Schweiz müssen möglichst früh erkannt und abgewendet werden. Dies bedingt eine intensive internationale Zusammenarbeit. Deshalb hat das EJPD mit unseren Nachbarstaaten entsprechende Verträge zur Polizeizusammenarbeit abgeschlossen, die bereits ratifiziert sind oder kurz davor stehen. Nur damit kann der zunehmenden Transnationalität der Bedrohung begegnet werden. Der Sicherheitsraum Schweiz ist ein Teil des Sicherheitsraumes Europa. Staatsschutz und Polizei müssen deshalb in die Lage versetzt werden, ihre Aufgabe im Interesse der Sicherheit nicht nur national, sondern vermehrt auch international wahrzunehmen. Dazu sollen die neuen Polizeistrukturen des Bundes wesentlich beitragen.

Urs von Däniken
Chef Schweizerische Bundespolizei

Innerhalb von 10 Jahren Verdoppelung!

1989: 78 000, Ende Juni 1999: 176 530 Personen im Asylbereich – im Vergleich: Stadt Basel 171 200 Einwohner.

Status	Total
Anerkannte Flüchtlinge	24 936
Humanitäre und andere kantonale fremdenpolizeiliche Regelungen	39 954
Bestand vorläufig Aufgenommene	26 887
Pendenzen 1. instanzliche Pendenzen (BFF ¹)	51 888
2. instanzliche Pendenzen (ARK ²)	10 666
Aufenthaltsregelung oder Vollzug der Wegweisung noch ausstehend oder im Moment technisch blockiert	22 199
Total	176 530

¹ Bundesamt für Flüchtlingswesen

² Asylrekurskommission

Ordnung schaffen!

Diesem Versand liegt die Unterschriftenkarte für die Eidg. Volksinitiative «gegen Asylrechtsmissbrauch» bei. Der Vorstand hat beschlossen, dieses Volksbegehren aktiv zu unterstützen. Die ewigen Beteuerungen, man habe den Asylrechtsmissbrauch im Griff, sind

nicht mehr glaubwürdig. Es ist an der Zeit, Ordnung zu schaffen, indem die Attraktivität der Schweiz vermindert wird. Wir bitten Sie, die Unterschriftenkarten so rasch als möglich an das Initiativ-Komitee zurückzusenden.

Bundesrat will den Strategiewechsel!

Am 10. Juni 1999 hat der Bundesrat den Bericht über die Sicherheitspolitik der Schweiz (SIPOL B 2000) zuhanden der Bundesversammlung verabschiedet. Das umfassende Dokument beinhaltet eine Gefahrenanalyse und einen Katalog mit entsprechenden Antworten. Die Neu-

tralität soll keine tragende Rolle mehr spielen.

Die Schweizerische Vereinigung PRO LIBERTATE hat mit einer vielbeachteten Pressemitteilung am 10. Juni 1999 Stellung zum SIPOL B 2000 genommen:

Leistungsumfang der Armee im Inland gefährdet!

Die Schweizerische Vereinigung PRO LIBERTATE nimmt den Sicherheitspolitischen Bericht 2000 des Bundesrates zur Kenntnis. Die Überprüfung und Anpassung der Sicherheitspolitik an die aktuellen und zukünftigen Rahmenbedingungen betrachtet sie als selbstverständlich und notwendig.

Die zeitgemässe, effiziente und auf die Realität bezogene Abstimmung der zivilen und militärischen Mittel im Rahmen einer «umfassenden flexiblen Sicherheitskooperation im Inland» ist richtig. Die entsprechenden Arbeiten sind angesichts der im Inland anstehenden Probleme umgehend an die Hand zu nehmen.

Grundsätzlich sind die drei Armeeaufträge *Friedensunterstützung und Krisenbewältigung – Raumsicherung und Verteidigung – Prävention und Bewältigung existentieller Gefahren* zu unterstützen.

Abzulehnen ist aber die Gewichtung der Aufträge. Wer behauptet, die Sicherheit der Schweiz müsse vor allem «vor Ort» (d.h. im Ausland) mit bewaffneten Truppen geschaffen werden, überschätzt die Bedeutung eines solchen Beitrages der Schweiz. Der Bericht fordert einen grundsätzlichen Strategiewechsel, indem die Landesverteidigung durch «Koope-

ration» in Abhängigkeit von NATO-, EU- und UNO-Strukturen gebracht werden soll. Die aufgezeigte Strategie ist jedoch eine Mischung aus NATO-/EU-Beitritt und dem Versuch, die Neutralität der Schweiz aufrechtzuerhalten. Eine solche Grauzonen-Aktivität schafft Unklarheit, Verwirrung und Verunsicherung im In- und Ausland. Die internationale Verflechtung des Machtmittels Armee kann die Handlungsfähigkeit und die einzigartig humanitäre Verantwortung der unabhängigen und neutralen Schweiz in Gefahr bringen. Die schwerwiegenden Konsequenzen einer solchen Sicherheitspolitik müssen dem Schweizer Volk möglichst rasch und umfassend erläutert werden, damit der vom SIPOL B 2000 aufgezeigte Kurs korrigiert werden kann.

Der Schweizer Bürger – als Steuerzahler – erwartet für seine Prämien ein umfassendes Versicherungsangebot, welches im Inland die versprochenen Leistungen zu erbringen hat. Dabei sind die Handlungsfähigkeit und der Leistungsumfang unserer Exekutivorgane nicht durch diffuse «Solidaritätsargumente», durch Beschreibung moralischer Verpflichtungen sowie Aufgabenverzettlung zu schmälern.

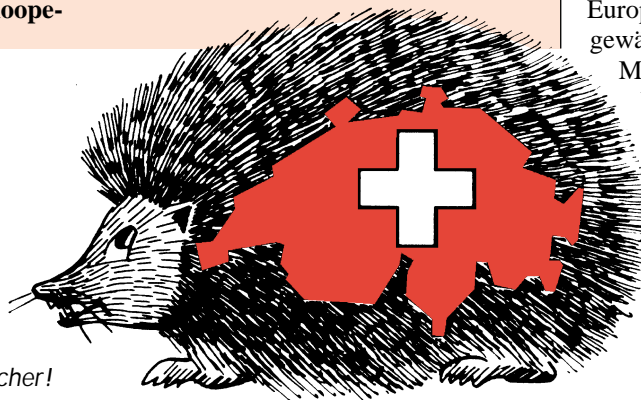
Kommentar

Unter der Berücksichtigung der Vernetzung aussenpolitischer Absichten und Strategien der Regierung verwundert es nicht, dass die Schweiz nun auch sicherheitspolitisch in staatenübergreifende Strukturen eingebunden werden soll. Der SIPOL B 2000 befürwortet den UNO- und EU-Vollbeitritt, der NATO-Beitritt wird als Option «für später» offengehalten. Die bundesrätliche Strategie «Sicherheit durch Kooperation» kehrt ab vom Willen, die sicherheitspolitische Handlungsfreiheit möglichst aufrecht zu erhalten. Im militärischen Verteidigungsdispositiv sollen bewusst Lücken hingenommen werden, welche durch intensivere Einbindung in supranationale Strukturen zu kompensieren sind. Der Bundesrat sieht dabei das Schwergewicht im Einsatz bewaffneter Truppen im Ausland. Die Probleme seien vor Ort zu lösen und die Zusammenarbeit mit ausländischen Armeen im Bereich Kriegsausbildung voranzutreiben. Die «Neutralität soll lagegerecht gelebt» werden, indem die Neutralitätspolitik kein aussenpolitisches Schwergewicht mehr bildet und das verpflichtende Neutralitätsrecht unter formaljuristischer Ausreizung auf den absolut minimalen Kerngehalt reduziert wird.

Der Bericht schlängelt sich hindurch zwischen internationaler Integration und einem Versuch, die Neutralität als schwaches Fernlicht doch noch etwas leuchten zu lassen.

Mittelfristig wird sich weisen, ob diese Grauzonen-Strategie mehr oder weniger Sicherheit gewährleistet. Deshalb ist zu erwarten, dass sehr rasch eine Kurskorrektur vorgenommen werden muss – vielleicht ist dies auch beabsichtigt. Die Optionen werden dann lauten: NATO-Beitritt oder strikte, bewaffnete Neutralität als sicherheits- und friedenspolitischer Weg der Schweiz in Europa. Denn eines ist klar: die NATO gewährt aufgrund ihrer Charta nur den Mitgliedsstaaten Beistand. Die beste Versicherung für den Kleinstaat Schweiz lautet aber: Glaubwürdig bewaffnete Neutralität mit möglichst hoher Handlungsfreiheit.

W. Gartenmann



Soll der Igel Stacheln lassen und sogar ausgestopft werden? Wir sind uns da noch nicht so sicher!

Rückblick: Abstimmung über die Einführung einer Mutterschaftsversicherung

Die Schweizerische Vereinigung PRO LIBERTATE hat das Referendum gegen die Mutterschaftsversicherung unterstützt. Mit Genugtuung stellt sie fest, dass das Volk die Gefahren der vorgeschlagenen Finanzierung erkannte und den Ausbau des ungerechten Sozialstaates ablehnte. Wir verurteilen das

undemokratische Verhalten einiger Aktivistinnen – darunter natürlich auch die SPS-Präsidentin, Frau Ursula Koch – nach dem Abstimmungssonntag. Mit Demos und «Zwängen» nach einer neuen Vorlage ist keine verantwortungsbewusste Politik zu machen. Gerade die sozialdemokratischen Familien-

politikerinnen sind aufgerufen, die Belastung infolge steigender Steuern und Krankenkassenprämien zu bekämpfen! Dieser Aufruf geht – zwar ohne grosse Erwartungen – auch an die Bundespräsidentin.

Der Vorstand

Arbeitnehmer beim Bund

haben Anrecht auf eine angemessene Entlohnung. In der letzten Nummer begegneten Sie den Bezügen der Parlamentarier. Jetzt erfahren Sie, wie die Bundesräte besoldet sind. Hier die aktuellen Zahlen:

Bundesräte und -rätinnen
beziehen brutto 389 034.–

Nach Abzug der Beiträge
an AHV, ALV und SUVA verbleiben
netto steuerpflichtige 360 882.–

(Sich einen Arbeitslosengeld
beziehenden Bundesrat vorzustellen
grenzt allerdings an Majestäts-
beleidigung.)

Für Repräsentationspflichten
steht ein nicht steuerpflichtiger
Kredit zur Verfügung von 30 000.–

Präsidentin oder Präsident
beziehen ausserdem eine
Zulage von 12 000.–

Ausserhalb dieser Rubrik entstehen gelegentlich noch weitere Kosten, so wenn einem Bundesrat sein Büro missfällt. Sie fallen unregelmässig an (Rücktritte/Neuwahlen, Departementswechsel) und setzen jeweils die Bauhandwerker in freudige Erwartung. Freude herrschte bei ihnen beispielsweise damals, als Moritz Leuenberger seine Amtsstube für 170 000 Franken auffrischen liess. Ein Glück, dass die Schweiz samt ihren Steuerzahlern trotz Sevilla noch existiert; mit Treuebons des VCS hätte sich das nicht finanzieren lassen.

Um mit den eingangs vermerkten Zahlen etwas anfangen zu können, benötigt der Leser Vergleichsmöglichkeiten. Er hat bereits erfahren, dass 1849 einem Bundesrat jährlich 5000 Franken entrichtet wurden. Die sehr unterschiedlichen Verhältnisse, damals und heute, lassen einen rudimentären Vergleich zu, der die Kaufkraft berücksichtigt (aus Platzgründen können wir nicht auf die

Pflichtenhefte eingehen). Hier sei lediglich vermerkt, was sich die Magistraten für ihre Besoldung leisten konnten resp. könnten, *umgerechnet auf eine Woche*, pro Person:

	Eier	Butter
1849	3 850 Stück	192 Pfund
1999	12 800 Stück	935 Pfund

Um zu entscheiden, ob jetzt der Anken zu billig oder die Magistraten zu teuer sind, reicht diese Gegenüberstellung freilich nicht; Sie können damit aber immerhin Ihr eigenes Einkommen mit einer Dreisatzrechnung jenem eines Bundesrates gegenüberstellen. Trösten Sie sich, falls Sie der Butterberg erschreckt. In der EU hat man damit jahrzehntelange Erfahrung.

Ergiebiger erweisen sich, als Vergleich, die Bezüge der Schweizer Manager in international tätigen Unternehmungen (NZZ 23.6.99), die *im Schnitt* bei 367 000 Franken liegen. Für Europa sei das Spitze, heisst es, und die Spannweite ist ausserordentlich gross. Was unsere Magistraten beziehen, bleibt somit im landesüblichen Rahmen, weil sie ja ebenfalls international tätig sind. Was

sie dortselbst äussern, müsste eine Gratifikation zum Jahresende berücksichtigen. Verdient hat sie diesbezüglich keine(r).

Man darf im übrigen annehmen, unsere Magistraten übten sich in Bescheidenheit. Als Dolmetscher würden sie nämlich nicht viel weniger verdienen und hätten sich ein teures Studium sparen können, sei es nun jus, phil., PSK oder was immer: Der Kanton Zürich zahlte dem als Dolmetscher tätigen Albaner M. T. 346 000 Franken (1998). Bei einem reglementarischen Stundenansatz von 70 Franken hätte der Arme fast 5000 Stunden bügeln müssen. Zugegeben, für Dolmetscherdienste herrscht gegenwärtig Hochkonjunktur. Das treibt die Saläre in die Höhe, zum Verdross der Bezirksanwaltschaft Zürich, die 40 Albanisch-Dolmetscher auf der Lohnliste führen soll. Man spürt da ein leises Rumoren in der Magengegend bei der Vorstellung, unsereinen würden im umgekehrten Fall, z.B. in Tirana, gleich bei Ankunft ein paar amtlich bestellte Dolmetscher umschwärmen.

Max Schio

Impressum

Druck und Administration:
NEUE GERBER AG,
3150 Schwarzenburg
Redaktion: W. Gartenmann, M. Gerber
Adressänderungen: PRO LIBERTATE,
3000 Bern 11
Fax 031 332 57 13
Abdruck mit Quellenangabe und Beleg erlaubt.
Erscheint viermal jährlich.
Leserzuschriften müssen nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Spenden: PC-30-26847-0

Vorstand

Walter Rytz (Präsident)
1133 Lussy-sur-Morges
Max Gerber (Vizepräsident)
3000 Bern 16
Marcel Bieri (Kassier), 3052 Zollikofen
Thomas Fuchs (Protokoll),
3018 Bern-Bümpliz
Werner Gartenmann
3172 Niederwangen
Christoph Gilgen, 3032 Hinterkappelen
Christian Schmid
3283 Niederried bei Kallnach
Annemarie Steffen, 3052 Zollikofen

Der PL-Politikalendar

Wir haben Antworten vorzubereiten auf:

10. Oktober 99	Bilaterale Verhandlungen «Schlussabstimmungen in den eidgenössischen Räten»
24. Oktober 99	Eidgenössische Wahlen «Schafft die Schweiz endlich den Kurswechsel Richtung Schweiz?»
Herbst 99	Bergier-(Teil-)Bericht zur schweizerischen Flüchtlingspolitik während des Zweiten Weltkrieges «Wir werden – allfällige (?) – neue Attacken gegen die Schweiz durch das Historiker-Tribunal zu Bern nicht hinnehmen!»

Rütlifeuer 99

Über 150 Mitglieder und Gönner unserer Vereinigung haben am Sonntag, 25. 7. 99 am «Rütlifeuer 99» teilgenommen. Die Feier war sehr eindrücklich, die Vorträge äusserst interessant. Der Tag wird vielen unvergesslich bleiben. Zur Erinnerung an diese Gedenkveranstaltung hat unsere Vereinigung eine Postkarte mit dem Porträt von General Guisan und der Gedenktafel («Rütli-rapport 25. Juli 1940»), montiert auf dem Raddampfer «Stadt Luzern», herausgegeben.

Max Gerber



Eine Karte liegt dieser Sendung bei. Weitere Karten können bei unserer Vereinigung bestellt werden.

5 Karten Fr. 5.–

In Kürze

Interessant!

Eine kürzlich lancierte Volksinitiative verlangt, dass ausformulierte Initiativen spätestens sechs Monate nach ihrer Einreichung dem Souverän unterbreitet werden müssen. Das Echo auf diese Forderung ist geradezu erstaunlich: Der Bundesrat hat kurz nach der Lancierung die Bürger aufgerufen, die Volksinitiative nicht zu unterschreiben: «Beachtlich, welches Tempo er an den Tag legt, für die Behandlung eines Volksbegehrens...». Diverse Parteigrößen und Zeitungskommentatoren sprechen ausserdem von Staatsstreich, Verwilderung der Politik, Abschaffung der Demokratie mittels nazi-ähnlichen Methoden usw. Dieser Aufruhr beweist, dass es sich lohnt, die Forderung der Initianten wenigstens genau zu studieren; denn die heute erlaubte Hinauszögerung von Initiativen durch Bundesrat und Parlament bis zu 51 Monaten ist ein massiver Faustschlag ins Gesicht der demokratischen Rechte der Staatsbürger. Nebenbei: Während der Unterschriften-

sammlung für die Armee-Abschaffungs-Initiative rief der Bundesrat «seine» Bürger nie auf, die Finger davon zu lassen...



Klare Position!

Die Schweizerische Gesellschaft für Chemische Industrie hat in einem Positionspapier mitgeteilt, dass sie die bilateralen Verträge mit der Europäischen Union (Paket 1998) unterstützt. Gleichzeitig spricht sie sich für eine Kooperation mit der EU und gegen einen EU-Beitritt aus. Gründe: Erhaltung der autonomen Währungs- und Geldpolitik, tiefes Zinsniveau, EU-Dirigismus und Regulierung, keine Übernahme des sozialen EU-Regelwerkes.



Arbeitslosigkeit weiter gesunken!

Im Monat Juni ist die Arbeitslosigkeit in der Schweiz weiter gesunken. Die Arbeitslosenquote betrug 2,6 Prozent. Von den total 92 399 eingeschriebenen Arbeitslosen waren 43 352 ausländischer Nationalität (46,9%). (BWA-Pressedokumentation vom 20. 7. 99)



Wie tief fällt der Euro?

Der Euro hat in den vergangenen Wochen weiter an Wert gegenüber dem US-Dollar verloren. Es wird erwartet, dass der Euro unter die 1:1 Parität rutschen wird. Nebst anderen Faktoren wird die Stärkung des Euro von einer spürbaren Erholung der Konjunktur in Europa abhängen. (Wochenbericht Bank Julius Bär, 15. 7. 99)



Ich/wir unterstütze(n) Sie

- als Mitglied, Jahresbeitrag Fr. 40.– (Ehepaare Fr. 60.–)
- als Gönner, Jahresbeitrag mindestens Fr. 100.–
- als Sympathisant, Beitrag nach freiem Ermessen
- mit einer jährlichen Spende für den Landesverteidigungsfonds (ohne Mitgliedschaftspflichten)

Mitglieder und Gönner erhalten regelmässig unsere Publikationen.

Name/Vorname

Adresse

PLZ/Ort

Datum/Unterschrift

Kopieren oder ausschneiden. Adresse: PRO LIBERTATE, 3000 Bern 11

PL 3/99